

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d

Inhalt

Dieter Haack MdB, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, weist darauf hin, daß die Aufgaben der Stadterneuerung zunehmend innenpolitische Bedeutung erhalten: Alte Stadt - neues Leben.
Seite 1-3

Fritz Riege MdL kommentiert die Ankündigung eines Babygeldes in Niedersachsen: Unausgegorener Wahlspeck.
Seite 4

Jochen Richert, DGB-Vorsitzender in Hessen, unterstreicht, daß Faschismus für Arbeitnehmer noch immer der schlimmste Feind ist: Der Terror fordert jeden Demokraten heraus.
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 204

29. Oktober 1980

Alte Stadt - neues Leben

Aufgaben der Stadterneuerung erhalten innenpolitische Bedeutung

Von Dr. Dieter Haack MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Probleme der Stadterhaltung und -erneuerung stellen sich heute nahezu für alle Gemeinden und Städte und gewinnen einen immer größeren Stellenwert. Die Bürger in den Städten und Gemeinden wollen nicht nur eine gut ausgestattete Wohnung, sie suchen auch eine Wohnumgebung, in der es sich angenehm leben läßt.

Vieles ist auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren erreicht worden. Allein der Bund stellte für die Stadterneuerung seit 1971 einschließlich der verschiedenen Sonderprogramme Finanzhilfen in Höhe von 3,8 Milliarden Mark zur Verfügung. Für die Modernisierungsförderung kamen noch einmal 1,2 Milliarden hinzu. Neben seinem finanziellen Engagement hat der Bund mit dem Städtebauförderungsgesetz, den beiden Novellen zum Bundesbaugesetz, dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz sowie der Novelle zum Straßenverkehrsgesetz das planungsrechtliche Instrumentarium für die Städte und Gemeinden abgerundet und verbessert. Große Anstrengungen werden weiterhin notwendig sein, um die vor uns liegenden Aufgaben zu lösen. Alle Gebietskörperschaften, also Bund, Länder und Gemeinden, müssen zusammenwirken. Darüber hinaus werden wir auch die private Investitionstätigkeit wieder mehr für den Wohnungs- und Städtebau interessieren müssen.

Am 22. Oktober wurde in London die Europäische Kampagne zur Stadterneuerung 1981 eröffnet, mit der alle Mitgliedsländer des Europarates im kommenden Jahr auf den Gedanken einer sinnvollen Stadterneuerung aufmerksam machen wollen. Diese Kampagne kann und soll verdeutlichen, daß Stadterneuerung als eine Vielzahl von Möglichkeiten und Einzelschritten zu sehen ist, die miteinander verflochten sind, und daß Stadterneuerung am besten auf dem gewachsenen Boden des Vorhandenen aufbaut. Grundlage müssen immer die gewachsenen Stadtstrukturen bleiben, die ja nicht zufällig so sind, wie wir sie heute vorfinden.



Stadterneuerung verlangt die Phantasie des Planers und fordert ihm ein hohes Maß an sozialer Sensibilität ab. Sie kann nur zum Erfolg werden, wenn alle Beteiligten zur Zusammenarbeit bereit sind.

Städte entwickeln sich nicht aus sich selbst heraus. Sie sind eingebunden in die sich verändernden allgemeinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Trends. Jede Generation hat sich mit solchen Veränderungen auseinanderzusetzen und muß ihr Verhältnis dazu immer neu finden.

Es werden verstärkte Anstrengungen der Wirtschaftspolitik notwendig sein, um die sich abzeichnenden Arbeitsplatzdefizite auszugleichen. Gerade dem Wohnungs- und Städtebau mit seinen großen Multiplikatorwirkungen kommt hier eine beachtliche Bedeutung zu. Wir wissen, daß insgesamt der finanzielle Handlungsspielraum für die öffentliche Hand ebenso wie für die privaten Haushalte künftig eher geringer sein wird. Für die zu lösenden Probleme wird man dies dagegen nicht sagen können.

Wie wirkt sich dies nun auf die vor uns liegenden Aufgaben der Stadterneuerung aus? Das zentrale Problem bleibt die Wohnungsversorgung. Alle unsere Wohnungsmarktanalysen zeigen, daß die in den vergangenen Jahren bereits stark gewachsenen Ansprüche an die Wohnung weiter wachsen werden. Gefragt sind größere Wohnflächen, mehr Wohneigentum, kleinere und individuellere Bauformen sowie ein besseres Wohnumfeld. So ist zum Beispiel in den siebziger Jahren die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf von rund 25 qm auf etwa 32 qm gestiegen. Fast jeder Haushalt vergrößert beim Umzug seine Wohnfläche. Die Eigentumsquote ist inzwischen auf fast 40 Prozent gestiegen. Auch die Rückwanderung in die Altstädte paßt in dieses Bild. Einkommensstärkere Haushalte ziehen meist nur in solche Quartiere zurück, die über ein noch intaktes und attraktives Straßensbild sowie ein gutes Wohnumfeld verfügen. In allen vergleichbaren Ländern führt der technologische und ökonomische Wandel zu einer Auflockerung der traditionellen Stadtstruktur, zur Suburbanisierung. Unterstützt wird diese Entwicklung durch eine zunehmende Motorisierung und leistungsfähige regionale Verkehrsbindungen.

Sieht man von den besonderen "schicken" Altbauquartieren ab, so wirft diese Entwicklung für den Durchschnitt der innerstädtischen Wohngebiete und für die Bewahrung der Altstadt ganz allgemein erhebliche Probleme auf. Es kommt zu einem fortschreitenden räumlichen Auseinanderrücken der sozialen Gruppen zu einer Konzentration sozialer Randgruppen in bestimmten Altbauvierteln, zur Verlagerung der Investitions- und Kaufkraft und zur Abwertung alter Wohnungsbestände. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum unter anderem, weil sich bis etwa Mitte der 80er Jahre die Zahl der 20- bis 30jährigen um etwa eine Million erhöht.

Schwerpunkte der künftigen Wohnungspolitik müssen sein:

1. Die Neubautätigkeit im öffentlichen und freifinanzierten Mietwohnungsbau gerade in den Kernstädten ist wiederzubeleben. Allein zwischen 1973 und 1978 verringerte sich die Zahl der in Ballungsgebieten fertiggestellten Wohnungen um etwa 60 Prozent, während es in den übrigen Regionen nur 30 bis 40 Prozent waren. Auch die Städte und Gemeinden werden einen größeren Beitrag zur Wohnungsversorgung von besonders benachteiligten Gruppen erbringen müssen. Die Entwicklung der Bau- und Bodenkosten und der darauf folgende Subventionsaufwand für die öffentliche Hand werden es aber ganz allgemein notwendig machen, das bisherige Förderungskonzept insgesamt zu überdenken.

Im freifinanzierten Mietwohnungsbau muß die Investitionstätigkeit wieder stärker werden. In diesem Zusammenhang wird immer auf die vermeintlich investitionshemmende Wirkung des sozialen Mietrechts verwiesen. Richtiger ist wohl, daß wir es hier ganz offensichtlich mit einem längerfristigen strukturellen Problem zu tun haben. Dies zeigen auch die Erfahrungen in anderen Ländern mit vergleichbarer Wirtschaftsstruk-



tur, aber anderem Mietrecht. In den letzten Monaten haben sich am Markt Veränderungen vollzogen, die Investoren signalisieren, daß der Neubau von Mietwohnungen wieder rentabler werden kann. Es wird zu prüfen sein, inwieweit wir diese Entwicklung durch gesetzgeberische Maßnahmen verstärken müssen. Dabei geht es auch darum, die vor allem durch attraktive Steuervergünstigungen entstandene Konkurrenz zwischen Investitionen im Bestand und im Neubau wieder auf ein ausgewogenes Maß zurückzuführen.

2. Die Frage der Fehlbelegung im sozialen Wohnungsbau wird seit Jahrzehnten diskutiert. Die sich abzeichnenden Engpässe auf dem städtischen Wohnungsmärkten zwingen trotz der vielen damit verbundenen Probleme, über praktikable Lösungsansätze nachzudenken. Natürlich soll niemand, der seit vielen Jahren in einer Wohnung lebt, nun zwangsweise daraus entfernt und aus seiner gewohnten Umgebung vertrieben werden, nur weil sein Einkommen über bestimmte Grenzen gestiegen ist. Diskutiert wird vielmehr die Möglichkeit, Ausgleichsabgaben zu erheben oder über eine Höherverzinsung der öffentlichen Mittel für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Damit wird es auch möglich sein, zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau zu gewinnen.
3. Die Anstrengungen der öffentlichen Hand und der privaten Haushalte zur Verbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes waren in den vergangenen Jahren erheblich. Die Wohnungsstichprobe 1978 zeigt, daß zwischen 1973 und 1978 bei rund acht Millionen Wohnungen Modernisierungen und größere Instandsetzungen durchgeführt wurden. Die Modernisierungs- und auch die Energieeinsparförderungen begünstigen aber tendenziell stärker Wohnungsbestände mittlerer Qualität und dabei vielfach Eigentümer, die vermutlich auch ohne diese Förderung investiert hätten. So zeigt sich, daß in den Jahren 1973 bis 1978 rund 61 Prozent aller modernisierten Wohngebäude Ein- und Zweifamilienhäuser waren. Weite Teile des modernisierungsbedürftigen Wohnungsbestandes wurden dagegen nicht in ausreichendem Maße von der heutigen Stadterneuerungspolitik erfaßt. Die künftige Förderung muß deshalb besser in den städtebaulichen Gesamtrahmen eingepaßt und auf städtebauliche Schwerpunkte konzentriert werden.
4. Schon fast wieder vergessen, daß zum 1. Januar 1981 das Wohngeld noch einmal beachtlich verbessert wird. Insgesamt stehen zusätzlich 600 Millionen Mark bereit, die neben der allgemeinen Anpassung vor allem Familien mit Kindern zugute kommen sollen. Probleme der Wohnungsversorgung sind ein wichtiger Schwerpunkt der Stadterneuerung. Sie müssen jedoch im Zusammenhang mit dem Städtebau gesehen werden und sind auch nur zu lösen, wenn den Gemeinden ein ausreichendes, in sich geschlossenes Instrumentarium zur Verfügung steht.

Aufgaben der Stadterneuerung werden in den kommenden Jahren zunehmende innenpolitische Bedeutung erlangen. Stadterneuerung wird zu einem wichtigen Schwerpunkt der kommunalen Investitionstätigkeit. Wegen ihrer großen arbeitsmarktpolitischen Bedeutung wird sie damit auch ein interessanter Ansatzpunkt für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Die Ausländerproblematik in den Großstädten, Mietveränderungen, einzelne Fälle von Spekulationen und Hausbesetzungen zeigen, daß Stadterneuerung aber auch eine soziale Frage ist. In der Planungs- und Sanierungseuphorie früherer Jahre ist dies vielleicht nicht immer deutlich genug gesehen worden.

Die Beschäftigung mit Fragen der Stadterneuerung zeigt: Den Kräften des freien Marktes allein kann die Bewahrung der alten Stadt nicht überlassen werden. Wer sich etwa die Verhältnisse auf den städtischen Bodenmärkten ansieht, wird dies sofort bestätigen. Andererseits kann aber ohne staatliche Hilfestellung in vielen Gebieten ein Markt gar nicht erst entstehen. Es bedarf dort der Rahmensetzung oder auch der Investitionsanreize durch den Staat. Die öffentliche Hand wird schließlich bei sich verengendem Finanzierungsspielraum zunehmend auf private Investitionsbereitschaft auch auf dem Gebiet der Stadterneuerung angewiesen sein.

(-/23.10.1980/hi/ca)



Unausgegorener Wahlspeck

Zur Ankündigung eines Babygeldes in Niedersachsen

Von Dr. Fritz Riege MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Das Bundestagswahlergebnis muß der Niedersachsen-CDU mächtig in die Glieder gefahren sein. Wie anders wäre sonst die überhastete, unausgegorene und im Haushaltsentwurf 1981 nur pauschal abgesicherte Sozialleistung von 1.000 DM für jedes ab September 1981 geborene Kind zu erklären, die Niedersachsens Sozialminister Schnipkoweit jetzt angekündigt hat. Der nächste Kommunalwahltermin in Niedersachsen liegt im November 1981, die nächste Landtagswahl voraussichtlich im Mai/Juni 1982, und dafür möchte die CDU offenbar etwas "Wahlspeck" anbieten.

Dieses Verhalten spekuliert offenbar auf ein kurzes Wählergedächtnis, denn noch in einer der letzten Bundesratssitzungen nahm auch das Land Niedersachsen einen Vorschlag der SPD/FDP-Bundesregierung nicht auf, jungen Eltern eine sechsmonatige Überbrückungshilfe von monatlich 300 DM nach der Geburt des Kindes zu zahlen. Noch am 8. Oktober 1980 warnte der amtierende niedersächsische Finanzminister Leisler Kiep vor Staatsschulden zugunsten konsumtiver Ausgaben. Und wir haben noch alle die Warnungen der Landesregierung vor unserem auf Familienentlastung und Chancengleichheit gerichteten SPD-Gesetzesentwurf zur Lernmittelfreiheit in den Ohren, dies sei eine ungezielte Leistung nach dem Gießkannenprinzip, ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit und Notwendigkeit.

Aber was gestern noch für die CDU-Niedersachsen galt, gilt heute nicht mehr. Jeder, der nach dem 1. September 1981 bei einem niedersächsischen Standesamt ein neugeborenes Kind anmeldet, erhält vom Land einen Scheck von 1.000 DM, gleich ob Generaldirektor oder Arbeiter.

Damit nicht etwa die Gemeinden oder der Kreis als Geldgeber angesehen werden könnten, wird das Landessozialamt - wahrscheinlich mit einem schönen Brief von der CDU-Landesregierung - als Scheckabsender auftreten.

Ist das ganze also schon ein Schnellschuß aus der Hüfte bei Überbordwerfen aller früher geäußerten CDU-Prinzipien, so läßt die Ankündigung zudem allzuvielen Fragen offen.

- Wer ist Anspruchsberechtigter? Vater, Mutter oder nur beide zusammen?
- Welche gesetzliche Grundlage wird geschaffen, damit der Anspruch einklagbar wird und nicht von Zufälligkeiten abhängt?
- Wie steht die neue Sozialleistung im Gesamtsystem der sozialen Sicherung?
- Wie werden Steuer- und Anrechnungsfreiheit bundesweit gesichert?
- Wie hoch ist die Jahresgesamtbelastung ab 1982 und wie wird das in die mittelfristige Planung eingehen?
- Wie kann die Landesregierung Haushaltskürzungen und Streckungen für den öffentlichen Hochbau bei gleichzeitiger konsumtiver Haushaltsausweitung verantworten?

Das alles riecht leider stark nach primitivem Wählerfang und zeigt wieder einmal das Janusgesicht der CDU: Die einen wollen Kassensturz und sagen die Staatspleite voraus, die anderen ziehen die Spendierhosen an und verteilen ungedeckte Schecks. Wir sind sicher: Darauf wird der Niedersachsen-Wähler nicht hereinfliegen. (-/23.10.1980/ks/ca)

+ + +



Der Terror fordert jeden Demokraten heraus

Faschismus - für uns Arbeitnehmer noch immer der schlimmste Feind

Von Jochen Richert

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Hessen

Einzelgänger sind es nicht, die Bombenleger von München oder Bologna. Da steckt vielmehr das ganze schreckliche Gewaltpotential des international und national zu beobachtende Rechtsextremismus dahinter. Da wird mit einem Mal in blutiges Licht getaucht, wie fruchtbar der Nährboden noch immer ist, aus dem einst der Faschismus erwuchs.

Schon einmal war diese Republik auf dem rechten Auge blind. Und die Tendenz ist wieder zu beobachten: Als größte Gefahr gilt der Linksextremismus, der schwarz-braune Untergrund mit dem besorgniserregenden Anwachsen neonazistischer Umtriebe und rechtsradikaler Gewalt wird verniedlicht, beschönigt, oft einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Setzen wir uns gegen solche Verharmloser zur Wehr. Mobilisieren wir die antifaschistischen Kräfte und antirestaurativen Kräfte in unserem Lande. Innerhalb und außerhalb der Parlamente. Gegen jede Art von Terror muß die Front der Demokraten stehen.

Angesichts der blutigen Ereignisse auf der Wiese des Münchener Oktoberfestes muß das politische und publizistische Umfeld speziell des Rechtsextremismus und Neonazismus verstärkt kontrolliert werden.

Der Faschismus war und ist der schlimmste Feind der Gewerkschaftsbewegung, der Arbeitnehmer. Es ist daher die Aufgabe der Gewerkschaften und des DGB, alle neofaschistischen Tendenzen zu bekämpfen und aufzuklären über die Gefahren des Terrors von rechts.

Wir fordern deshalb:

- Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung neofaschistischer Organisationen und Aktionen,
- Verbot neofaschistischer Propagandamaterialien,
- besondere Berücksichtigung der Rolle des Faschismus in der deutschen Geschichte und des Neofaschismus in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und Parlamente,
- Verpflichtung zur Behandlung des Faschismusproblems im Geschichts- und Politikunterricht aller Schulen.

Denn insbesondere die Jugend gilt es, über die Gefahren des Faschismus zu informieren und vor den Rattenfängern zu bewahren.

(-/ 23.10.1980/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

